

**im Rat der Stadt Essen**

Gemeinsame Pressemitteilung

An die lokalen Medien

Essen, den 17. September 2007

**Stärkung der ambulanten Versorgung**

Die Presseberichte der letzten Wochen über die schlechte Versorgung pflegebedürftiger Menschen haben zu kontroversen Diskussionen geführt. Essen ist bereits seit Jahren auf einem guten Weg zu einer „Seniorenfreundlichen Stadt“.

„Die erschreckenden Berichte der letzten Wochen haben wieder viele Menschen aufgerüttelt. In Essen haben wir gemeinsam mit allen an der Pflege Beteiligten die Erarbeitung von Qualitätskriterien in der Pflege wiederholt gefordert. Menschen, die sich nicht selbst helfen können, bedürfen unserer Unterstützung. Wir haben besondere Maßnahmen, die den Grundsatz ‚ambulant vor stationär‘ stärken sollen, angestoßen“, erklärt die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion **Jutta Eckenbach**. Hierzu gehört eine wohnortnahe Versorgung, eine präventive und vernetzte Angebotsentwicklung, die Herstellung eines frühzeitigen Kontaktes sowie die Erstellung von Qualitätskriterien.

Der nunmehr vorliegende Entwurf des Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (PfWG) vom 23.08.07 sieht an verschiedenen Stellen Änderungen gerade im ambulanten Bereich vor, die sich mit den von CDU und Grünen geforderten Eckpunkten decken:

Ab 2008 sind die Pflegekassen verpflichtet, für jeweils 20.000 Versicherte quartiersbezogene Pflegestützpunkte einzurichten, in denen Pflegebegleiter als dauerhaft benannte persönliche Fallmanager durch die Pflege begleiten. Sie koordinieren wohnortnahe Angebote, stellen diese bereit und vernetzen sie. Die Inanspruchnahme ist kostenlos. Leistungen können in Verbindung mit einem persönlichen Budget gepoolt werden, d. h. mehrere Pflegebedürftige können gemeinsam Leistungen der Kranken- und Pflegekassen und anderer Träger abrufen.

„Hierdurch werden gerade auch alternative Wohnformen für ältere Menschen z. B. Hausgemeinschaften oder Senioren-WG´s in die Lage versetzt, Pflege- und Haushaltsdienstleistungen gemeinsam in Anspruch zu nehmen“, so die sozialpolitische Sprecherin der Grünen Fraktion, **Christine Müller-Hechfellner**.

Mit freundlichen Grüßen

**Heribert Piel**

**Hiltrud Schmutzler-Jäger**